Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 33

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Marxismus-Leninismus, Berlin, 1960, Seite 389) nennt die KP «Vortrupp der Arbeiterklasse und aller Werktätigen». Das gegenwärtig geltende Statut vom Jahr 1952 gibt keine Definition als Beschreibung an: «Die KPdSU stellt den freiwilligen Kampfverband der gleichgesinnten Kommunisten aus den Reihen der Arbeiter, werktätigen Bauern und Intellektuellen dar» (Paragraph 1) und auch das im Jahr 1957 angenommene Statut der KPC wiederholt wörtlich diese Definition (Einleitung).

Die neue Definition enthält eine tiefgreifende theoretische Aenderung, *denn die KPdSU hört damit auf, Klassenpartei zu sein* und wird zu einer über den Klassen stehenden Organisation. Dadurch hat sie eigentlich — im Sinne der marxistisch-leninistischen Doktrinen — ihren Parteicharakter verloren, denn nach den Lehren des Marxismus-Leninismus stellt die politische Partei im allgemeinen die am besten organisierte und aktivste Stossgruppe — Vortrupp — einer bestimmten Klasse dar. Die Partei muss also im Sinne der marxistisch-leninistischen Theorie eine Klassenschöpfung sein. (Vgl. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Band 10, Seite 61.)

Von der Disziplinlosigkeit zur Häresie Gegen Revisionismus und Dogmatismus

Alle bisherigen Statuten enthielten die Hinweise auf die Parteidisziplin: alle Mitglieder und Parteiorgane sind verpflichtet, die Beschlüsse und Anweisungen der höheren Parteiorgane strikt auszuführen und sich der allgemeinen Linie der Parteipolitik anzupassen. (Im geltenden Statut: Paragraph 3/b bezüglich des Parteimitgliedes und Paragraph 21 bezüglich aller Parteiorgane.) Die gleiche Parteidisziplin wird auch im Entwurf vorbehalten. Der Entwurf gibt sich aber mit diesen allgemeinen Sicherheitsmassnahmen nicht zufrieden und verpflichtet speziell die Mitglieder, Organe und Organisationen der Partei, *gegen alle Erscheinungen des Revisionismus und Dogmatismus zu kämpfen,* «weil diese der revolutionären Theorie weitgehend fremd sind...» (Einleitung). Artikel 58, Absatz 5 verpflichtet die Grundorganisationen, gegen «alle Versuche der revisionistischen Verdrehung des Marxismus-Leninismus und seiner dogmatischen Auslegung» aufzutreten. Es ist zweifellos, dass das Statut hier gegen die jugoslawische rechte und die chinesische linke Abweichung Stellung nimmt, und zwar im Sinne der Erklärungen der kommunistischen- und Arbeiterparteien vom November 1957 und November 1960.

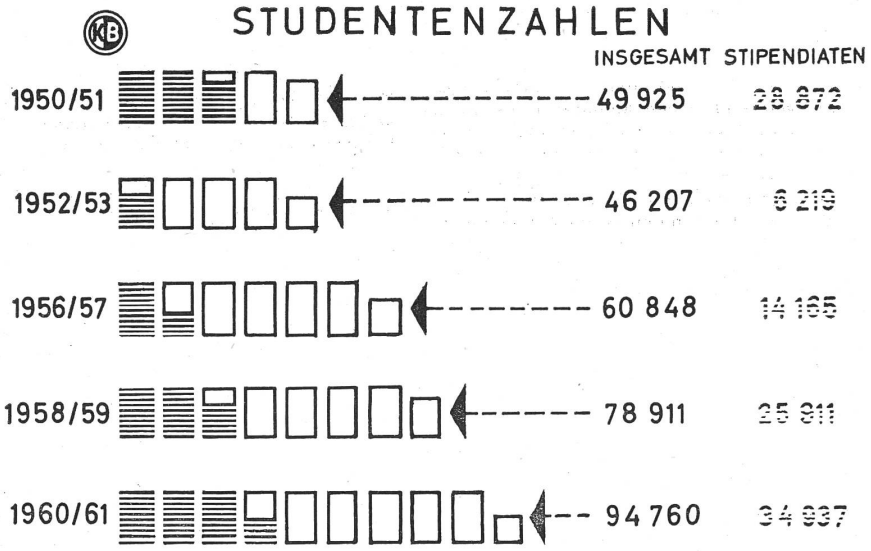
(Fortsetzung folgt)

Uneinigkeit über das sowjetische Parteistatut

In den höheren Bereichen der sowjetischen Kommunistischen Partei scheint eine gewisse Uneinigkeit über den neuen Gesetzesentwurf der Partei zu bestehen.

Das offizielle Communiqué von der Plenarsitzung des Zentralkomitees, das den neuen Programmentwurf der Partei und die neuen Statuten berücksichtigte, teilte laut «Prawda» mit, dass das Programm «einstimmig» gebilligt wurde, und die Statuten «zum grössten Teil».

Anlass zur Kritik gibt möglicherweise Chruschtschew Plan, die Zusammensetzung der leitenden Partei- und Sowjetorgane periodisch zu erneuern.



Erziehung

Jugoslawien

Studentendiskriminierung

Die «kapitalistische» Entwicklung im jugoslawischen Studentenwesen (siehe KB Nrn. 32 und 17) ist durch eine neue Aktion in Belgrad noch unterstrichen worden: Ab 1. September können die Wirtschaftsorganisationen in den Studentenheimen der Hauptstadt ständigen Wohnraum für ihre Stipendiaten kaufen. Die Preise liegen zwischen 1 200 000 und 1 500 0000 Dinar pro Bett.

Den Profit haben die staatlichen Studentenunterkunftsstätten, die ja finanziell selbsttragend gemacht werden sollen (wozu auch die erhöhten Beiträge der einzelnen Studierenden dienen) auf Kosten jener Studenten, die ihr Studium nicht mit Unterstützung einer Firma absolvieren können. Für sie wird der ohnehin knappe Wohnraum und die Unterkunftsmöglichkeit überhaupt noch kleiner. Wenigstens vorläufiges Resultat ist eine erneute Diskriminierung der finanziell weniger begünstigten Studierenden.

Gewiss wies der Rektor der Belgrader Universität, Prof. Blagojevic, darauf hin, dass die durch den Wohnraumverkauf eingehenden Mittel zur Finanzierung neuer Unterkünfte verwendet würden und somit generell der Studentenschaft zugute kämen. Das wird wohl auch zutreffen, nur wird dieses Ziel für das Allgemeinwohl auf dem Wege einer Bevorzugung angestrebt, die viele Merkmale dessen trägt, was man sonst in der kommunistischen Gesellschaft als «kapitalistisches System» bezeichnet.

Es trifft zu, dass der Staat, nachdem die Preise für Unterkunft und Verpflegung erhöht worden sind (siehe letzte Nummer), auch seine Stipendien erhöht. Aber die Mehrauslagen erreichen nicht die Höhe der Unterstützung, die er aufwenden müsste, um den verbilligten Mensa- und Studentenheimbetrieb den erhöhten Bedürfnissen entsprechend weiterzuführen. Bei der Neuregelung spart der Staat auf Kosten der Studenten, resp. ihrer Geldgeber, sei es nun Familie (siehe KB Nr. 17) oder Firma.

Dass die Bedürfnisse durch ein gewaltiges Anwachsen der Studentenzahlen bestimmt sind, darüber besteht freilich kein Zweifel. Parallel damit wuchsen auch die staatlichen Ausgaben für Stipendien, worüber unsere Darstellung Aufschluss gibt. Das allgemeine Bild der starken wissenschaftlichen Förderung im Osten bleibt also unbeschadet um das oben Ausgeführte bestehen, geändert wird bloss dass »sozialistische» Bild der gleichen Behandlung.

Dass sich in unserer Zeichnung (nach einer Veröffentlichung der Borba) für das Schuljahr 1952/53 eine Rückläufigkeit im Stipendienwesen ergibt, hängt mit einer Aenderung des Zuschusssystems ab. Parallel mit der Beschränkung der Stipendiatenzahl ging nämlich damals die Einführung der Kinderzulagen vor sich, von denen nicht weniger als 40 Prozent der Studenten profitierten (aufschlussreich auch in Hinsicht auf die zahlreichen verheirateten Studenten). Diese an sich sozial wirkende Neuerung ist in unserer Zusammenstellung graphisch nicht berücksichtigt.

Gesundheit

China

Um die Senilität

Arbeit, möglichst manuelle Arbeit, von früher Jugend bis ins hohe Alter ermöglicht es, dieses zu erreichen und bei bester Gesundheit noch lange zu bestehen, haben chinesische Wissenschafter zur Nutzanwendung für die Bevölkerung herausgefunden. Die Beobachtung wurde an über Hundertjährigen gemacht, die immer noch auf den Kommunen arbeiten. Die Studien über «biologische Probleme der Senilität» werden von Zoologen unternommen.

Die Untersuchung über das Leben von Personen «zwischen 100 und 120 Jahren» (vermutlich übrigens mit mehr oder weniger beglaubigtem Geburtsschein) wurde in Sinkiang von der Academia Sinica durchgeführt. Dass die Resultate soweit korrekt sind, ist übrigens durchaus möglich. Dass sie aber im Dienste der Kampagne für vermehrte Agrararbeit benutzt werden, die in einem keineswegs gesundheitsfördernden Ausmass bei ungenügender Nahrung betrieben wird, steht jedenfalls ausser Zweifel. Schon seit den letztjährigen Naturkatastrophen (verbunden mit dem Versagen der Landwirtschaftlichen Volkskommunen) wird die Bevölkerung aufgefordert, mehr zu arbeiten und

weniger zu essen. In diesem Sinne berichtete auch die Agentur Hsin Hua über das Experiment.

Von den 55 mindestens Hundertjährigen, die während sieben Monaten unter Beobachtung standen, waren 50 Männer und fünf Frauen. «72 Prozent waren früher arme Bauern oder Mittelbauern, die andern grossenteils Handwerker... Die meisten von ihnen nahmen die Arbeit im Alter von etwa 16 Jahren auf (jetzt aber sollen 13jährige Knaben das Pflügen erlernen — siehe KB Nr. 24). 18 der Greise leisten noch immer manuelle Arbeit, einschliesslich Umgraben von Erde, Bewässerung von Pflanzungen, Betreuung von Melonenfeldern, Sammeln von Brennholz, Wartung von Säuglingen und Reinigungsarbeiten. 27 der restlichen alten Leute hatten bis zum Alter von 90, die übrigen bis zum Alter von 80 Jahren gearbeitet.» Im weiteren wird von der «einfachen Nahrung» gesprochen, welche die Hundertjährigen immer genossen hätten. Aber sie muss auf jeden Fall reichhaltiger gewesen sein, als die Handvoll Reis, mit welcher sich viele Kommunenmitglieder täglich begnügen müssen, wenn sie sich auch dieses Hungermahl durch Arbeit verdient haben. Gerade betagte oder kranke Kommunenmitglieder aber erhalten oft noch verminderte Rationen.

Die Untersuchungen der Chinesischen Akademie mögen ihren Wert haben. In den Händen der Parteipropaganda aber werden sie zu einer widerlichen Begleitmusik zu Mühe, Hunger und Not.

Wirtschaft

Keine Ersatzteile für Export

China unternahm in den letzten Jahren grosse Anstrengungen um den Export von Textilmaschinen so weit als möglich zu erhöhen. In Ungarn und Rumänien arbeiten bereits mehrere hundert chinesische Textilmaschinen und im Fernen Osten haben sowohl Burma als auch Kambodscha komplette Textilfabriken aus China bezogen. Laut jüngsten Berichten zeigten sich aber die maschinellen Einrichtungen dieser Fabriken als nicht sehr betriebssicher, da sich wiederholte Bolzenbrüche, ständiges Oeltropfen bei den Elektromotoren und andere Schäden ergeben haben. Am unvorteilhaftesten wirkte sich aber der totale Mangel an Ersatzteilen aus, die China schon seit einem Jahr nicht liefern kann, so dass aus diesem Grund die von ihr eingerichtete grosse Spinnerei in Rangoon vor kurzem sogar den Betrieb einstellen musste.

Aehnliches ereignete sich auch in Kambodscha, wo im April die von China errichtete Sperrholzfabrik ihren Betrieb einstellte, weil aus den oben angeführten Gründen, der Import von Sperrholz billiger kam, als die eigene Produktion. Bei der im Rahmen der chinesischen Hilfeleistung erbauten Textilfabrik bestehen die gleichen Schwierigkeiten.

Die chinesische Uhrenproduktion mahnt immer mehr zum Aufsehen. Die Uhrenfabrik in Shanghai erzeugte in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 150 000 Uhren mehr als in der gleichen Periode des Jahres 1960. Es handelt sich um Uhren mit 17 Steinen.

CSSR

Keine Kumpel

Ein für kommunistische Staaten ungewohntes Bild bietet ausgerechnet der tschechoslowakische Mustersatellit wenigstens in einer Hinsicht: Sektoren der Schwerindustrie entwickeln sich schlechter als Betriebe der Leichtindustrie.

Das liegt allerdings nicht etwa am Willen des Regimes, sondern am Unwillen der Werktätigen, die nicht als Kumpel arbeiten wollen. In einem küzlichen Bericht in Prag beklagte Oldrich Cernik (siehe Curriculum), der Minister für Energiewirtschaft, die mangelnde Förderung der Förderung (in erster Linie von Kohlen). Zahlreiche Bergwerke bleiben chronisch unter ihrem Plansoll. Im Ostrauer (Ostrava) Kohlenbecken, dem industriellen Hauptgebiet der CSSR, nahe der polnischen Grenze, blieb die Produktion schon letztes Jahr um eine halbe Million Tonnen hinter dem Plan zurück, und nach dem ersten Halbjahr 1961 wuchs der Rückstand um weitere 300 000 Tonnen. Die Unzufriedenheit mit dem dortigen Bergbau spiegelte kürzlich auch ein Referat des slowakischen Gewerkschaftssekretärs, Josef Opavska. Dieser nannte deutlich den Grund: «Eine der Ursachen für diesen Zustand ist der Mangel an Arbeitskräften, der sich wiederum daraus ergibt, dass die organisierte Anwerbung von Arbeitskräften für das Ostrauer Gebiet nicht erfüllt wurde.» Das heisst, es klappt mit der Rekrutierung von «freiwilligen» Brigade-Arbeitern nicht, die gewöhnlich bei erster Gelegenheit sich nach anderer Arbeit umsehen.

Drei Länder Zentralamerikas

Honduras

Präsidiale Republik mit Parlament aus einer Kammer (Nationalkongress). Staatsoberhaupt und Regierungschef ist Ramon Villeda Morales, der 1957 nach dem Sturz des autoritär regierenden Diaz von der konstituierenden Versammlung zum Präsidenten gewählt wurde. Die zentralamerikanischen Unruhen der letzten Zeit haben das liberal regierte Honduras weniger betroffen als seine Nachbarstaaten im Norden und Süden.

Einwohner: rund zwei Millionen. Bevölkerung: grossenteils Mestizen. Sprache: Spanisch, in Küstenorten Englisch als Verkehrssprache, indianische Dialekte.

Hauptstadt: Tegucigalpa (100 000 Einwohner).

Wirtschaft: Die reichen Erzvorkommen werden noch wenig ausgebeutet. Hauptexport sind Bananen, von den Bergbauprodukten bis jetzt vor allem Silber.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Zentralamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft.

Nicaragua

Präsidiale Republik mit Kongress aus Senat und Abgeordnetenkammer. Staatsoberhaupt General Luis Somoza, der semidiktatorisch regiert und mit seiner Familie praktisch Politik und Wirtschaft des Landes kontrolliert. Der starke Polizeiapparat konnte bisher die Unruhen unterdrücken, von denen Kuba zu profitieren hofft.

Einwohner: 1,5 Millionen. Bevölkerung: zwei Drittel Mestizen, gut zehn Prozent Weisse, etwas mehr Neger.

Hauptstadt: Managua (180 000 Einwohner).

Wirtschaft: Hauptsächlich Landwirtschaft und Viehzucht. Wichtigste Exportgüter: Kaffee, Baumwolle, Edelmetalle, Bananen, Zucker, Holz, Viehzuchtprodukte.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Organisation der Zentralamerikanischen Staaten.

Costa Rica

Präsidiale Republik mit einer «gesetzgebenden Versammlung» aus einer Kammer, deren Mitglieder für vier Jahre gewählt werden. Staatsoberhaupt und Regierungschef ist Präsident Mario Echandi Jimenez.

Die Regierung gilt unter zentralamerikanischen Verhältnissen als fortschrittlich und sozial aufgeschlossen.

Die latente Rebellentätigkeit scheint zum Teil wenigstens aus Nicaragua (Kuba?) importiert zu sein.

Einwohner: Zwei Millionen. Bevölkerung: überwiegend Weisse, dann Mestizen, Neger, Mulatten, Indianer. Sprache: Spanisch.

Hauptstadt: San José (250 000 Einwohner).

Wirtschaft: Grosse Produktion von Kaffee guter Qualität, der auch wichtigstes Exportgut ist. Weitere Agrargüter. Zunehmende Bedeutung hat die Holzverarbeitungsindustrie. Bergbau an der pazifischen Küste. Energiewirtschaft wird ausgebaut.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Organisation der Zentralamerikanischen Staaten.

Wie Cernik ausführte, will er dagegen «etwas» vorkehren, worunter er vermutlich handfestere Methoden der Arbeitswerbung und der freiwilligen Verpflichtung versteht. Letztes Jahr allein wechselten 28 000 der gesamten Arbeiterschaft von 70 000 ihren Arbeitsplatz. Gründe für das mangelnde Interesse der Arbeiter am Bergbau sind die im Vergleich zu den Anforderungen und Unannehmlichkeiten schlechte Bezahlung und das Risiko, das durch die verschiedenen schweren Grubenunglücke der letzten Monate besonders anschaulich wurde.

Ganz wie der restliche Ostblock dagegen hat die Tschechoslowakei ihre Mühe mit der Agrarwirtschaft. Obwohl das Wetter die diesjährige Getreideproduktion begünstigt hat, stösst ihr Einbringen auf Schwierigkeiten. Die Regierung musste am 5. August einen «Beschluss über die Beschleunigung der Erntearbeiten und den Ankauf von Getreide» erlassen. «Die Gesellschaftsorganisationen und Frauenkomitees», ja «alle Werktätigen der Republik», heisst es da, «müssen in die Arbeiten eingeschaltet werden.» Die LPG-Bauern, die seit der Kollektivierung das Interesse an der Landwirtschaft weitgehend verloren haben, werden zu grösserem Verantwortungsbewusstsein aufgerufen. Unterdessen «leisteten die Soldaten der Volksarmee», wie «Uj Szo» berichtet, «den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsgütern bei der Ernte grosse Hilfe.»

Religion

Tunesien

Neue Problemstellung

Die tunesische Zeitschrift «Afrique Action» beschäftigte sich kürzlich mit der Frage der Auftrages der christlichen Missionen in einem mohammedanischen Land. «Die tunesische Regierung», heisst es da, «ist ein mohammedanisches Land von jahrhundertealter Toleranz: es gilt nun, das Problem der Anwesenheit und der Geistesverfassung der verschiedenen christlichen Orden und Missionen durchzudenken. Diese Orden und Missionen sind mit der kolonialen Eroberung ins Land gekommen. Es geht darum, die Einwurzelung und die Tätigkeit der Kirche in Tunesien zur Sprache zu bringen und einen Zustand zu beendigen, der nichts anderes ist als eine Verlängerung des Protektorates. Was glaubt man eigentlich, was in den Augen der Mohammedaner diese Leute in Soutanen und diese Kirchen mit Glocken darstellen? Die Angelegenheit muss neu durchdacht werden. Das Problem liegt darin, dass in Tunesien und Marokko die christlichen Gemeinden zusammenschmelzen werden, dass eines Tages eine einzige Kirche für sämtliche Gläubige genügen wird. In Algerien wird die Lage klarer und zugleich komplizierter sein: klarer, weil die Anwesenheit von 700 000 Katholiken auf algerischem Boden die Anwesenheit eines Episkopates rechtfertigt, dessen Struktur Gegenstand eines Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem algerischen Staat sein wird; komplizierter, weil der derzeitige Klerus in seiner Struktur und in seinem kolonialen Geist eine völlige Umkehr vollziehen muss.»

Dieser Artikel lässt die Wetterwolken erkennen, die sich über den Köpfen des Christentums als solchen im Maghreb zusammenballen. Der arabische Nationalismus ist keineswegs ein modern-laizistischer Nationalismus, wie man ihn in Europa kennt: er ist mit dem Gedanken des Heiligen Krieges gegen die Christen unter der Fahne des Propheten durchaus verbunden — die Christen, die für diese Länder mit dem Odium des Kolonialismus belastet sind und bleiben.

Versorgung

Sowjetunion

Versprechen und Wirklichkeit

Der Bericht der Statistischen Verwaltung der UdSSR über den Stand der Produktion von Konsumgütern in der ersten Hälfte dieses Jahres bestätigt die zahlreichen früheren Berichte über den Rückgang der Produktion von Lebensmitteln und anderen Konsumgütern und spricht von Nichterfüllung der Planziffen in vielen Zweigen der Leichtindustrie.

Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Parteiprogramms, in dem in absehbarer Zeit paradiesische Zustände und ein Warenüberfluss versprochen werden, erscheint dieser Bericht mit Zahlenangaben, die Aufsehen erregen, weil aus ihnen hervorgeht, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln den tiefsten Stand seit Stalins Tod erreicht hat. Hier einige Zahlen: Die Fleischproduktion nahm gegenüber dem ersten Halbjahr 1960 um 7 Prozent ab, die Wurstwarenproduktion nahm um 6 Prozent ab, die Produktion von Baumwollstoffen — um 9 Prozent. Der Rückgang der Produktion und der Verkaufszahlen wird auch bei Seife, Fahrrädern, Leinenstoffen, Radioempfängern usw. festgestellt. Der Plan des Detailhandels ist in den ersten sechs Monaten des Jahres nicht erfüllt worden. Die Gesamtproduktion der Leichtindustrie hat zwar in dieser Zeit um 2 Prozent zugenommen, das Tempo der Zunahme hat aber stark nachgelassen, verzeichnete man doch letztes Jahr eine Produktionszunahme von 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Zwischen den programmatischen Versprechen und der Wirklichkeit besteht eine Diskrepanz.

Wir machen

unsere geschätzten Abonnenten und Leser darauf aufmerksam, dass

zum reduzierten Preis von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die vier Nummern der Zeitung aufnimmt und besonders zum Auflegen in Wartezimmern, Empfangshallen usw. geeignet ist. Wir haben damit einem vielfach geäusserten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen.

Bestellungen sind bitte direkt an die Administration «Der Klare Blick» zu senden.

«Der Klare Blick»
Verwaltung

Gebrauchsterminologie im Osten

Revisionismus

Er stellt eine dem Marxismus gegenüber feindliche Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung dar. Entstand am Ende des 19. Jahrhunderts und besteht laut offizieller Version in der Verdrehung der wichtigsten Grundsätze des Marxismus. Die Revisionisten sind die Wegweiser zur Einflussnahme der bürgerlichen Ideen im Proletariat. Der philosophische Revisionismus hat viele Richtungen und ist bestrebt, die Interessen des Proletariates jenem des Bürgertums zu unterstellen. Der *wirtschaftliche* Revisionismus lehnt die marxistische Theorie der Krisen und des Krachs des Kapitalismus ab. Der *politische* Revisionismus befürwortet die «Harmonie der Klasseninteressen» statt einer revolutionären Machtergreifung. («Bolschaja Sowjetskaja Enziklopedija», Band 36, Seiten 173 bis 175.) Wie die Erklärung der Vertreter der kommunistischen- und Arbeiterparteien im November 1957, bzw. 1960 und das neue Programmprojekt der KPdSU erklärten, besteht die Hauptgefahr der internationalen Arbeiterbewegung im Revisionismus. Praktisch wird jetzt dieser Begriff meist auf Jugoslawien gebraucht und wird gegenwärtig auf das Gebiet der Staatstheorie konzentriert: die Jugoslawen behaupten, der Staat soll nach der Errichtung der Proletardiktatur allmählich absterben, die Bolschewiken befürworten hingegen die weitere Festigung des Staates im Gang des kommunistischen Aufbaus.

Dogmatismus

Jede Theorie wird zum Dogma, wenn es nicht dialektisch, sondern von den konkreten geschichtlichen Bedingungen abgerissen betrachtet wird. Es sind die «Scheinsozialisten», welche die Thesen des Marxismus in Dogmen umwandeln wollen. Diese «Talmudisten» (Stalins Ausdruck) betrachten den Marxismus wie die Gesamtheit jener Normen, welche niemals geändert werden dürfen. Sie vergessen, dass der Marxismus sich parallel mit der gesellschaftlichen Entwicklung entwickeln und vervollkommnen muss. Der Marxismus kann die unabänderlichen, für jede Epoche gültigen Thesen nicht anerkennen, sagte Stalin. («Grosse Sowjet-Enzyklopädie», Band 14, Seite 623.) Die Dogmatisten sind die «Linksradikalen» und der Linksradikalismus wurde von Lenin als eine Kinderkrankheit erklärt.

Die Chinesische KP ist die Vertreterin des Dogmatismus in der kommunistischen Arbeiterbewegung. Darüber hinaus werden noch einige Stalinisten als Dogmatisten gehalten. Die November-Erklärungen der kommunistischen- und Arbeiterparteien, bzw. das neue Parteiprogrammprojekt verurteilen den Dogmatismus, sie halten ihn aber für den zweiten Feind der Arbeiterbewegung (nach dem Revisionismus).

Neue UdSSR Export-Firma

In Moskau wurde unter dem Namen «Traktoroexport» eine neue Aussenhandelsgesellschaft gegründet, die sich mit der Ein- und Ausfuhr von Traktoren, verschiedener Strassenbau- und Landmaschinen, sowie deren Ersatzteilen befasst. Ferner wird sich diese Gesellschaft auch mit der Ausbildung ausländischen Fachpersonals und mit Service-Fragen befassen.

Aussenbeziehungen/Erziehung

Polen

Nur ein Indiz

für die allmähliche Angleichung Polens an die übrigen Satelliten ist der Fall der Hochschuldozentin aus Warschau, die eine Einladung zu Gastvorlesungen an der Universität Pennsylvania erhalten hatte. Das Hochschulministerium verbot ihr ohne jegliche Begründung, das Stipendium anzunehmen.

Im Vergleich zu den Verhältnissen in andern Ostblockstaaten mag der Fall geradezu belanglos scheinen. Gerade das ist er aber nicht, denn es ist die «Tatsache, dass die polnischen Studierenden nach dem Westen reisen können», die vielleicht am häufigsten angeführt wird, um den «Sonderfall» Polen zu belegen. (Durchaus von Leuten übrigens, die als Kenner der Verhältnisse gelten können.)

Dass Polen übrigens innerhalb des kommunistischen Staatengefüges» noch immer eine Ausnahme darstellt, ist ja wohl nicht bestritten. Wichtig ist das Wörtchen «noch», denn die Tendenz geht auf Anpassung an das Satellitentum, und Gomulka geht schrittweise vor nach dem Grundsatz: «Langsam aber sicher.» Wenn er heute «daheim und draussen» von vielen noch als Patriot gegen die sowjetischen Machtansprüche betrachtet wird, so zeugt das weniger für seine Aufrichtigkeit als vielmehr für seine Gerissenheit.

In Polen nimmt die Zahl der Ueberstunden in der Industrieproduktion zu. Letztes Jahr waren in der Maschinenindustrie die Ueberstunden um 13 Prozent reduziert worden. Seit Beginn dieses Jahres aber stieg die Kurve wieder an, da die meisten Betriebe in den ersten fünf Monaten bereits 50 bis 70 Prozent, einige sogar 90 Prozent ihres vorgesehenen «ganzjährigen Kontingentes» an Ueberstunden verbraucht haben («Glos Pracy», Warschau).

«Soziales»

Bulgarien

Gewerkschaftsrolle

Gewerkschaften haben dem Ansporn zu Spitzenleistungen und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu dienen.

Diese überall geltende kommunistische Forderung, sofern es sich um den Machtbereich der KP handelt (siehe Untersuchung KB Nr. 23, Memo Nrn. 22 und 4), erhebt die bulgarische Parteizeitschrift «Novo Vreme» mit grösster Unverblümtheit. In einem Aufsatz über die nächsten Zukunftsaufgaben der bulgarischen Gewerkschaften heisst es:

«Nach Parteiauffassung muss im Mittelpunkt jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit der sozialistische Wettbewerb stehen. Er muss zur Spitzenleistung anspornen. Die Spitzenleistung aber muss zur allgemeinen Praxis der Arbeitermasse werden. Unter dem sozialistischen Wettbewerb ist ein ständiger Kampf zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu verstehen, zur Förderung des technischen Fortschritts, zur Senkung der Produktionsselbstkosten und zur fachlichen Weiterbildung der Werktätigen.»

Auch über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften wird offen gesprochen:

«Die Parteiführung ist eine Machtquelle für die Gewerkschaften. Diese aber sind die zuverlässigen Helfer der Partei. Sie werden von der Parteipolitik inspiriert, weil diese die lebenswichtige Grundlage unserer sozialistischen Gesellschaft bildet. Daher ist es unerlässlich, dass sich die Gewerkschaften, ihre Organe und Organisationen um das Zentralkomitee der KP sammeln und seine Politik durchsetzen.»

BRIEFE

Die Abkürzungen

Könnten Sie von Zeit zu Zeit im «klaren Blick» eine Liste mit den Erklärungen der zahlreichen Abkürzungen bringen? Ich meine dabei auch die sonst geläufigen, wie UdSSR und ähnliche, die man zwar kennt, meist aber nicht oder nicht genau versteht.

V. Z. in Zürich

Wir bringen in kleinen Abständen immer die ausgeschriebene Form der verwendeten Begriffe (einschliesslich der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken), allerdings nur bei den selteneren Bezeichnungen in jeder Nummer. Etwas ausführlichere Definitionen finden sich in unsern Spezialrubriken (Gebrauchsterminologie im Osten, «Zur Klärung der Begriffe» u. a.), wogegen eine eingehende Behandlung der oft komplexen Sachverhalte meist nur im Rahmen der Untersuchungen möglich ist. Auf Jahresende werden wir ein Verzeichnis der wichtigsten behandelten Begriffe mit ihren Abkürzungen veröffentlichen. Red. KB

Das Parteiprogramm

Da meines Wissens die «Prawda» in der Innerschweiz nicht erhältlich ist, und ich sehr gerne dieses Programm (das sowjetische Parteigrogramm) das bestimmt einer näheren Betrachtung wert ist, lesen möchte, weil hier die bloss bruchstückweise erhältlichen Angaben keinen Ueberblick gestatten, frage ich Sie an, ob dieses Programm irgendwo (wenn möglich in einer zuverlässigen Uebersetzung) erhältlich ist. *A. K. in Emmenbrücke*

Vollumfängliche Uebersetzungen gibt es zurzeit leider nur in der Ostblockpresse (z. B. «Neues Deutschland»). Das Schweizerische Ost-Institut hat die Entwürfe von Parteiprogramm und Parteistatut in seinen Informationsdiensten (Sowjetunion Nr. 32, resp. 33) auszugsweise wiedergegeben. Interessenten können diese zwei Dienste für je zwei Franken beim SOI beziehen (andere ID können allerdings zu diesen Bedingungen nicht nachbestellt werden). Für Ihre informativen Angaben zum Thema Osthandel danken wir Ihnen herzlich. Red. KB

Partei

Albanien

Wo ist Hodscha?

Der albanische Kommunistenführer scheint sich gegenwärtig nicht in der albanischen Hauptstadt Tirana zu befinden. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Sein Name tauchte in den Listen für die Feierlichkeiten während des zweitägigen Besuches des Präsidenten von Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, der am Samstag zu Ende ging, nicht auf.

Radio Tirana sendete ausführliche Berichte über Nkrummahs Ankunft in der albanischen Hauptstadt, über die Unterzeichnung des gemeinsamen albanisch-ghanesischen Communiqués, den Regierungsempfang zu Ehren des Gastes und über dessen Abreise. Die Liste der an diesen Veranstaltungen teilnehmenden kommunistischen Würdenträgern nannte zwar die Namen des albanischen Staatspräsidenten Hadschi Lleschi und des Ministerpräsidenten Mehmet Schehu, aber nicht den des Ersten Parteisekretärs.

Auch wurde bisher noch nicht eindeutig geklärt, ob Parteichef Enver Hodscha die zuvor nach Moskau zur «Gipfelkonferenz» der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes gereiste albanische Delegation leitete und ob die albanische Delegation auch wirklich an der Konferenz teilnahm.

Curriculum der Woche

OLDRICH CERNIK

Tschechoslowakischer Minister für Energiewirtschaft und Materialreserven seit Juli 1960.

Geboren 1923 als Bergmannssohn im Gebiet Ostrava (Ostrau). Nach acht Jahren Primarschule tritt er als Lehrling in die Stahlwerke Vitkovice ein und bleibt darnach als Facharbeiter bis 1949 in diesem Betrieb.

Tritt der Tschechoslowakischen kommunistischen Partei (KPC) zwischen 1945 und 1949 bei. Verschiedene Posten in seiner lokalen Parteiorganisation von Porvoa bei Srivov. Zur Zeit des kommunistischen Staatsstreichs 1948 war er Mitglied des lokalen Aktionskomitees in der kommunistischen beherrschten Nationalen Front. Das Komitee war für die Säuberung von parteifremden Elementen verantwortlich. In den folgenden Jahren studierte Cernik eingehend Wirtschaftsfragen und galt allmählich als Spezialist für Bergbau und Wohnprobleme.

Von 1952 bis 1956 Parteisekretär des Gebiets Ostrava. Im September 1956 wurde er als ein Sekretär der KPC gewählt, dieser Funktion aber vier Jahre später entbunden, als er seinen jetzigen Ministerposten erhielt. Seit 1953 ist er Vorsitzender des Nationalkomitees von Ostrava.

Aktion für Berliner Kinder

Dem in unserer letzten Nummer veröffentlichten Aufruf zur Beschaffung von Ferienplätzen für Berliner Kinder war ein grosser Erfolg beschieden. Bereits sind gegen 300 Anmeldungen eingegangen. Damit ist das gesteckte Ziel sogar überschritten worden, denn im Rahmen dieser Herbstaktion können nur 200 Kinder die Reise in die Schweiz antreten. Der Landesverband freier Schweizer Arbeiter und das Schweizerische Ost-Institut können für jetzt keine weiteren Anmeldungen entgegennehmen. Allen Familien, die sich zur Betreuung eines Berliner Kindes bereit erklärten, sei herzlich gedankt. Der lebendige Helferwille unserer Bevölkerung hat die Initianten ermutigt. Sie hoffen, weiteren kleinen Gästen vielleicht auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Aufenthalt in der Schweiz zu vermitteln.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

23. August 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Fritz Marbach ist Professor für praktische Nationalökonomie an der Universität Bern und als Autor einiger gewichtiger Bücher und Broschüren — meist grundsätzliche Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Fragen — bekannt. Auf seine Studenten übt er einen grossen Einfluss aus, weil es ihm in seltenem Masse gegeben ist, nicht nur ein *Fachwissen,* sondern auch einen *Geist* zu vermitteln.

Professor Marbach ist darüber hinaus Leitartikler einer wichtigen und hochstehenden Wochenschrift: der Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Zeitung, der er oft einen Beitrag über politische Tagesfragen beigesteuert, für die er aber zuweilen auch mit einer ausgesprochenen Begabung komplizierte Wirtschaftsprobleme entwirrt.

Auch dort, wo Marbach zu politischen Fragen Stellung nimmt, ist er kein «politisierender Professor»; er bleibt Lehrer im schönsten Sinn des Wortes, wie denn auch Politik entweder Sozialpädagogik wird oder den Namen Politik nicht mehr verdient.

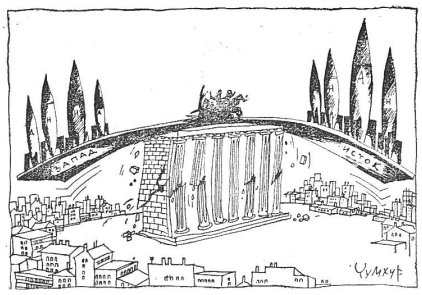
Zeitungsartikel fallen leider rasch der Vergessenheit anheim. Daher ist es ein grosses Verdienst des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, als Heft 11 seiner Schriftenreihe eine Folge von Artikeln aus der Feder von Professor Marbach unter dem Titel «Von Ungarn bis gestern» veröffentlicht zu haben. Es handelt sich zwar um Stellungnahmen zu politischen Tagesfragen aus fünf Jahren. Aber Wissen und Geist von Marbach gewährleisten, dass die Probleme jeweilen grundsätzlich behandelt werden. Aus diesem Grunde kommt den Artikeln in dieser Broschüre ein bleibender Wert zu.

Es handelt sich um die Meinung eines auch in politischen Belangen erfahrenen Wissenschafters, der auf dem Boden steht und nicht in den Wolken lebt. Was Marbach von den führenden Persönlichkeiten fordert: «Es mag einer in seiner geistigen Grösse und Vollkommenheit noch so überragend sein, ohne Vermählung seines intellektuell und sittlich Ehrfurcht gebietenden Standardes mit der politisch-profanen Wirklichkeit bleibt er als Augur und Ratgeber der Völker der reine Tor», das verwirklicht er selbst auf schönste Weise. Marbach hat aber nicht nur die Kenntnis zu einer Meinung, sondern auch den Mut zu einer Meinungsäusserung. Das ist beinahe noch höher zu werten. In Zeiten, da im Westen aus Dummheit oder Absicht die Rufmörder an der Arbeit sind und Selbstzerfleischung üben, schreibt dieser Professor: «Was dem Westen allein helfen kann, ist die illusionslose Grundsätzlichkeit, Klarheit und Standfestigkeit eines Adenauer, eines de Gaulle, eines Brandt, eines Madariaga, eines Truman, eines Meany, eines Walter Reuther und eines schweizerischen Bundesrates.»

Wir danken Professor Marbach für sein unermüdliches, mutiges und sachkundiges Eintreten für die Belange der Freiheit und der Gerechtigkeit; wir danken aber auch dem Metall- und Uhrenarbeiter-Verband für die Veröffentlichung dieser Broschüre. Sie ist im Buchhandel nicht erhältlich, kann aber beim Schweizerischen Ost-Institut bezogen werden.

Belgrads Perspektive

Die jugoslawische Betrachtungsweise der Berliner Krise distanziert sich sehr merklich von der allgemeinen Ostblockhetze, wie sie etwa in der Karrikatur unserer letzten Nummer besonders typisch zum Ausdruck kam. Die Darstellung der «Politika» trägt den Titel: «Berliner Gleichgewicht». Auf beiden Seiten des schwankenden Schaukelbretts ist die gleiche Zahl von Atom- und Wasserstoffbomben abgebildet. Wenn ein Unterschied besteht (der allerdings eher der zeichnerischen Zufälligkeit als einem Hinweis auf die unterschiedliche Bedrohung zuzuschreiben sein dürfte), dann darin, dass die Waffen auf der östlichen Seite grösser wirken.



Selbstverständlich heisst dies nicht, dass Belgrad sich in der Berlin- und Deutschlandfrage mit dem Westen solidarisch erklärt, und schon gar nicht mit Bonn. Aber Tito und seine Presse betonen bei internationalen Krisen in erster Linie ihren Neutralismus, um vor der Welt als objektive und besorgte Warner dazustehen. Durchaus ähnliche Darstellungen — anscheinend ohne Parteinahme im Konflikt — waren seinerzeit auch über Laos erschienen (siehe KB Nr. 19).

Der Schnappschuss

Beitrag zur gegenwärtigen Touristenwerbung? Schlagersänger dürfen in Bulgarien nur noch in der Landessprache oder auf russisch singen. Das Verbot anderer Sprachen wurde vom Ministerium für Binnenhandel verfügt. Im übrigen sind die bulgarischen Zeitungen im Zeichen der Universiade von Sofia voll von Artikeln über die freundschaftliche Annäherung zwischen den Nationen. Solange nur die eigene Bevölkerung nicht etwa meint, das gelte tatsächlich auch für sie...

*

«Das Schlangenstehen ist tatsächlich bereits eine Wissenschaft», versichert die bulgarische Zeitung «Narodno Delo» aus Varna: «Nicht umsonst hat unsere Zeitung vor drei Jahren über die Dissertation des Wissenschafters Archondi Vakarelski unter dem Titel ‚Die beim Schlangenstehen verlorene Zeit' berichtet. Wir schreiben seither regelmässig über dieses Thema, aber ohne Erfolg. Wir werden nämlich nicht als Menschen, sondern lediglich als Kauffaktoren betrachtet.» Ein bemerkenswertes Eingeständnis jedenfalls.

*

Die Kominternstrasse in Tiflis, der georgischen Hauptstadt, wird in Vascha-Pschawela-Strasse, nach einem georgischen Dichter, umbenannt. Das Ansehen des Komintern (die Abkürzung für die kommunistische Internationale, die in der stalinistischen Aera die kommunistischen Aktivitäten in der ganzen Welt leitete) ist seit Jahren im Abnehmen begriffen. In Tiflis scheint es seinen möglichen Tiefpunkt erreicht zu haben.

*

Die sowjetische Uhrenproduktion für den Export wird ständig grösser. Letztes Jahr exportierte die Uhrenfabrik «Nr. 2» von Moskau ungefähr 1,5 Millionen Uhren nach 51 Ländern und afro-asiatische Staaten. Im laufenden Jahr sollen um 80 Prozent mehr Damenuhren und um 60 Prozent mehr Wecker hergestellt werden.

Die Uhrenfabrik «Nr. 1» erhöhte seit 1954 ihre Produktion von 1,09 auf 2,12 Millionen Stück.

Die Buchbesprechung

Das östliche Deutschland

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis. Würzburg, 1959. Seiten XIII und 1013 und 1, Faltkarte.

Das von den Mitgliedern des Göttinger Arbeitskreises gefasste Werk stellt die grösste und ernsthafteste, zusammenfassende Arbeit über das Schicksal der ostdeutschen Gebiete (Ostpreussen und die Gebiete ostwärts der Oder-Neisse-Linie), welche auf Grund des Potsdamers Abkommens zum Zwecke der «Verwaltung» der UdSSR (RSFSR, bzw. der SSR Litauen) und Polen übergeben wurden. Diese haben aber die erwähnten Gebiete einverleibt und eingegliedert, obwohl die endgültige Regelung im Friedensvertrag vorgenommen werden müsste. (Annexion statt Verwaltung.) Die Tragödie des östlichen Deutschtums ist auf die unterschiedliche Behandlung der Gebietsfragen im Osten und Westen zurückzuführen: die Ostblockstaaten deuten den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens bindende und endgültige Festlegungen zu, nach westlicher Auffassung handelt es sich aber nur um eine provisorische Lösung, bis zu einer endgültigen Regelung im Friedensvertrag. So entstand eine Art von «occupatio bellica», welche den Stand eines «provisorischen Definitivums» schaffte. (S. 15.) Das Buch enthält drei Teile: 1. Die völkerrechtliche Darstellung der Frage (Annexion, Selbstbestimmung und Massenvertreibung). 2. Geschichtliche Hintergründe. 3. Die wirtschaftlichen Aspekte (Geschichte und Vertriebenenproblem) des östlichen Deutschlands und seiner ehemaligen Bewohner. Ein kürzerer Teil beschäftigt sich anschliessend zum Schluss mit den sudetendeutschen Gebieten. Das Buch weist auf den Friedensvertrag von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg als Grundlage der Tragödie des ganzen Zweiten Weltkrieges, hin, weil eigentlich der Abgrund der europäischen Geschichtet mit diesem Vergeltungsakt beginnt. Das Selbstbestimmungsrecht, in dessen Namen Präsident Wilson in den Krieg rückte, wurde schon auch damals grob verletzt; nach dem Zweiten Weltkrieg brachte der polnische B. Wiewòra die östliche Auffassung bezüglich dieses Rechts folgendermassen zum Ausdruck: die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts nach dem Zweiten Weltkrieg sei eine Voraussetzung für das Funktionieren des kollektiven Sicherheitssystems. (Seite 88).

Die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts führte zu Greueltaten (Vertreibung, bzw. Entrechtung des Deutschtums), zu historischen Fälschungen (Slawentum = Polentum, der Begriff der «wiedergewonnenen» Gebiete Polens, welche es später selbst auf «Westgebiete» korrigierte usw.), sowie zu einer terroristischen Entdeutschung dieser Gebiete, welche nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu beobachten war.

Das Buch ist im ernsthaften, wissenschaftlichen Ton gehalten, es ist aber auch für Laien ein interessantes und lehrreiches Lesebuch.

Lehre: Verantwortung der Sieger (das alte Sprichwort («vae victis»).